

Das Jubiläum des Rothen  
Adlerordens.

Berlin, 13. Juni. Der gestrige Sonntag war ein hundertjähriger Gedächtnis- und Erinnerungstag preussisch-brandenburgischer Geschichte, der das Andenken an die Stiftung eines der ältesten vaterländischen Orden, des Rothen Adlerordens, in die Erinnerung zurückführt. Am 12. Juni 1792 erließ König Friedrich Wilhelm II. von Preußen ein Patent, in welchem es hieß:

„Wir haben beschlossen, bei Antritt unserer Regierung der brandenburgischen Fürstenthümer in Franken, den von den Markgrafen von Brandenburg-Ansbach und Bayreuth Lieben im Jahre 1777 erneuten und wiederhergestellten Rothen Adlerorden mit einigen Veränderungen zu bestätigen und zum zweiten Mal Unseres königlichen Hauses und Hofes zu erklären.“

Der Orden war ursprünglich vom Erbprinzen Georg Wilhelm von Brandenburg im Jahre 1705 gestiftet und ist von dem Markgrafen Alexander von Brandenburg-Ansbach im Jahre 1777 erneuert worden. Als König Friedrich Wilhelm II. im Juli 1792 in Begleitung des Kronprinzen zum Besuch in die neu übernommenen preussischen Besitzungen kam, trug der Monarch als Großmeister die Insignien und das Band des Ordens. Dort bestellte er eigenhändig mehreren höheren Beamten die neue Dekoration an. Der Rothe Adlerorden besaß damals nur eine Klasse; erst im Jahre 1810 fügte Friedrich Wilhelm III. eine zweite und dritte Klasse hinzu und machte den Orden zum Abzeichen des Nationalverdienstes. Im Jahre 1830 wurde die zweite Klasse des Rothen Adlerordens in zwei Abtheilungen getheilt und eine vierte Klasse neu errichtet. Die Schleife wurde 1832 der dritten Klasse an Stelle des Eisenbandes, das die beiden ersten Rangklassen schmückte, und die Schwerter 1848 als Abzeichen für Verdienst vor dem Feinde sämtlichen Klassen angehängt.

König Friedrich Wilhelm IV. verlieh den Ministern Graf Brandenburg, Freiherrn von Manteuffel, von Rabenberg und von Strotha eine bis dahin noch nicht dagewesene Auszeichnung zum Rothen Adlerorden, bestehend in einer Krone und zwei über einander liegenden Schwertern. In dem von der „N. A. Z.“ mitgetheilten Schreiben, welches die Verleihungs-urkunde begleitete, hieß es:

„Preußen veranlaßt Ihnen, liebe Herren und treue Freunde, die Erhaltung seiner Krone, die Aufrichtung seines Scepters, darum gebe ich Krone und Scepter in Ihren Ordenszeichen.“

Auch Fürst Bismarck trägt diese seltene Ordensauszeichnung, die ihm vom Kaiser Wilhelm I. verliehen worden.

Bei Gelegenheit der Krönung im Jahre 1861 erhielt der Rothe Adlerorden durch Stiftung des ersten Klasse voranstehenden Großkreuzes desselben nochmals einen Zuwachs.

## Deutschland.

Berlin, 13. Juni. Die Kaiserbegegnung in Kiel am 7. d. M. hat auch in unseren Augen ihre Bedeutung; nur ist das eine andere, als die, welche ihr von den zahlreichen „Weltkriechern“ in Berlin und Paris beigegeben wird, von denen die einen, wenn auch in gebührender Distanz, jubeln, während die anderen die Räder hängen lassen, oder sich, so gut es gehen will, mit dem „anonymen“ Besuch eines wenig bekannten Großfürsten in Nancy trösten. Wie schon angedeutet, handelt es sich, um das Besondere von dem Unwesentlichen zu unterscheiden und alles an den richtigen Platz zu stellen, einfach darum, den Boden für eine neue russische Anleihe zu bereiten. Das ist so klar, daß es ver-  
offizien Mittelungen über die „angenehmen Eindrücke“ nicht erst bedarf, welche der Zar in Kiel empfangen haben soll, und die auch im „Grafenblatt“ einen gewissen, nach Lage der Dinge verständlichen Widerhall finden, während die Sprache anderer russischer Blätter, die uns ja auch als „sympathisch“ geschildert worden ist, in Wahrheit einen ganz anderen Charakter trägt, d. h. den ungetrübten russischen Hochmuth widerspiegelt, der sich noch immer einbildet, der Welt seine Gefühle vorzudrängen zu können. Offenlich begreift man bei uns, daß dies die wahre Stimmung des Russenthums ist, während das andere nur eine Maske bedeutet, die ad hoc vorgenommen wird, wenn die Kaiser sehr lieb, die man aber zukunfts-  
tend trägt, um sie abzuwerfen, so bald man irgend kann. Daß die Zeit dazu bald kommen werde, glauben wir festlich nicht. Wenn die Kreuzzugsfahrten auch in einem Theile Russlands besser sein mögen, als im vorigen Jahre, so kann der Noth, die in viel tiefer liegenden Ursachen wurzelt, so doch nicht gesteuert werden. Die Lage im Innern bleibt so schwierig, als sie war. Beim ersten Kanonenschuß, ja noch vor demselben, würde das Reich bankrott sein; das ist die beste Würdigung für den Frieden. Daß der Zar ihn nebenbei auch wünscht, glauben wir ihm gern; daß er ihn aber auch wünschen muß, fällt schwerer ins Gewicht, weil es uns aller besondern Rücksichten entbehrt.

Zu dieser Sachlage, wie sie wirklich ist, paßt der Verlauf des „patriotischen“ Festes in Nancy im ganzen gut. Die Stimmung scheint vorherrschend ziemlich kleinlaut und gedrückt gewesen zu sein, so daß sich die Prahlereien der „Sokolisten“ nur um so komischer ausgenommen haben. Nicht einmal in Russland machen die Aufregungen dieser „Großkreuze“ den Eindruck, den sie machen sollen; denn nicht nur nach Nancy sind sie geübt, um gegen Deutschland zu lärmern und zu hegen, sondern auch in Petersburg haben sie sich zu demselben Zwecke eingefunden. Das aber paßt den Russen nicht, deren das gegen die Polen mit dem gegen die Deutschen auf derselben Stufe steht.

Durch die Zeitungen geht eine Reminiscenz aus dem Jahre 1878, die vom „New York Herald“ veröffentlicht worden ist und beweisen soll, daß bereits im Jahre 1878 Deutschland vor einem Kriege mit Russland gestanden habe. Wer „nach“ dem Berliner Kongreß sei Graf Bismarck, der von einer Londoner Mission nach Berlin zurückgekehrt war, vom Fürsten Bismarck aufgefordert worden, ihn in Friedrichsruh zu be-

suchen. Dort habe ihm dieser, der unwohl im Bette lag, Einsicht in einen diplomatischen Briefwechsel gestattet, in dem der Zar Alexander sich über die Haltung der deutschen „politischen und militärischen Agenten in den Balkanländern“ beschwert und erklärt habe, daß bei der Fortsetzung dieser Haltung ein Bruch der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland unvermeidlich sei. Kaiser Wilhelm habe an dem Schluß dieses Briefes die Worte gesagt: „Was denken Sie davon?“ und die in großen Schriftzügen dahinter gesetzte Antwort des Fürsten Bismarck habe gelaute: „Die Armee sofort auf Kriegsfuß setzen!“ Andere Schriftstücke hätten sich auf Sondirungen der europäischen Mächte für den Fall eines Krieges zwischen Russland und Deutschland und auf den Entwurf eines Bündnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn bezogen. Es scheint, daß man es in dieser Reminiscenz nur mit Legendenbildungen zu thun hat, die an zwei im Mai 1878, also nicht nach, sondern vor der Berliner Konferenz vom Grafen Schadow in Friedrichsruh bei dem kranken Fürsten Bismarck abgelesenen Besuche angeknüpft sind. Die Einberufung der Berliner Konferenz war damals in Vorbereitung. Die Schwierigkeit lag darin, zwischen England und Russland eine Verständigung über die Hauptpunkte, die der Konferenz zur Prüfung unterbreitet werden sollten, schon vor Zusammentritt der Konferenz selbst herbeizuführen. An der Herbeiführung dieser Verständigung, die dann in dem Abkommen vom 30. Mai 1878 zwischen England und Russland ihren Ausdruck fand, hat der russische Botschafter in London, Graf Schadow — in Berlin war damals Baron v. Dabritz — einen lebhaften Antheil gehabt, und auf der Reise, die er zu diesem Zwecke im Mai von London nach Petersburg unternahm, hat er auf der Heimreise am 9. Mai und auf der Rückreise am 20. Mai mit dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh Besprechungen gehabt. Daß ihm damals Eröffnungen, wie die oben erwähnten, gemacht sein könnten, ist ganz ausgeschlossen. Dasselbe gilt auch von einer Unterredung, die Graf Schadow im März 1879 in Berlin mit dem Fürsten Bismarck hatte, kurz vor seiner Abreise von seinem Posten in London. Es scheint danach, als ob die ganze Reminiscenz des „New York Herald“ auf eine bloße Erfindung hinausläufe.

Die „Berl. Pol. Nachr.“ schreiben: Wenn in der Presse bestimmt berichtet wird, daß für die nächste Reichstags-Session eine Militär-Vorlage nicht zu erwarten stehe, so dürfte diese Meldung mindestens verfrüht sein. Wie immer die Entscheidung in dieser Hinsicht ausfallen mag, so werden doch alle Vorbereitungen so betrieblen, daß möglichst bald die Vorlage für die nächste Reichstags-Session rechtzeitig zum Abschluß gebracht werden kann. Dies gilt insbesondere von der finanziellen Seite der Sache, deren Unterlagen naturgemäß nur auf Grund sehr eingehender und sorgfältiger Vorarbeiten mit der erforderlichen Sicherheit und Genauigkeit festgestellt werden können. Auf diesem Gebiete wird daher zur Zeit eine eifrige und umfassende Thätigkeit namentlich auch im Kriegsministerium, entwidelt.

Einem Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, welcher über die mangelnde Kunstfertigkeit in unserer Zeit klagt, entnehmen wir folgende beachtenswerthe Stelle:

„In jeder gesunden Zeitperiode hat man die Werke der Zeitgenossen vor Allem geschätzt, jetzt gehört das Sammeln aller Kunstausstellungen und das Studium aller Groß- und Kleinmeister zur Mode, zum guten Ton. Der hält es der Mühe werth, die Entwicklung unserer Künstler zu verfolgen, mit ihnen Rücksprache wegen eines Auftrages zu nehmen, der über die Marktwirthschaft hinausgeht? Nur wenige unserer Mitbürger zahlen der Kunst der Lebenden ihren Tribut, doch begnügen sie sich meist damit, eine Gallerie zusammenzustellen, in der berühmte Namen vertreten sind. Unsere deutsche Aristokratie in ihrer Gesamtheit läßt es sich kaum sehr angelegen sein, die idealen Güter — welche die Kunst verkörpert — zu mehr; meist nur der Porträtmaler erhält von ihr Aufträge, aber davon, daß Großgrundbesitzer ihre Schloßler mit Wandmalereien schmücken lassen, hat man fast nie gehört; irgend einer großen Dekorationsfirma der Hauptauftrag wird die Neueinrichtung in Entreprise gegeben, sie besorgt Alles, höchstens betont man noch, daß eine einzige französische Bronzen aufgestellt werden sollen.“

Das preussische Staatsministerium hat neue Vorschriften für die Forderung und Prüfung von Papieren zu amtlichen Zwecken erlassen, welche am 1. Januar 1893, an Stelle der Vorschriften vom Jahre 1886 in Kraft treten sollen. Das Papier ist in vier Klassen getheilt. Zur Stoffklasse 1 gehören Papiere nur aus Hasern, mit nicht mehr als 3 Prozent Asche. Klasse 2 umfaßt die Papiere aus Hasern mit einem Zugabe von höchstens 25 Prozent Zellulose, Strohstroh, Esparto und ohne Holzhäutchen; Aschengehalt höchstens 5 Prozent. Zur 3. Klasse gehören Papiere von beliebiger Zusammensetzung, jedoch ohne Holzhäutchen, mit höchstens 15 Prozent Asche. Zur Klasse 4 endlich Papiere von beliebiger Zusammensetzung und mit beliebigem Aschengehalt. Sämtliche Papiere müssen gebleicht sein. Zu Urkunden, die auf lange Aufbewahrungsdauer berechnet sind, Ständesamtsregistrieren, Geschäftsbüchern und dergl. ist ausschließlich die Klasse 1 zu verwenden, ebenso für wichtigere Druckfachen. Klasse 2 dient für die Aktienpapiere, die zu dauernder Aufbewahrung bestimmt sind, Klasse 3 für solche, die nur einige Jahre vorhalten sollen, Klasse 4 endlich für Papiere zu untergeordneten Zwecken, an welche Ansprüche auf Dauerhaftigkeit nicht gestellt werden, sowie auch für gewöhnliche Druckfachen. Die Papiere der Klassen 1 und 2, sowie zum Theil der Klasse 3 sind mit einem Wasserzeichen zu versehen. Es soll die Firma des Erzeugers und neben dem Worte „Normal“ die Verwendungs-kasse enthalten.

Die Ausprägungen von Reichsmünzen im Monat Mai stellten sich auf 6,978,820 Mark in Doppelkronen (für Privatrechnung), auf 60,500 Mark in Zweimarkstücken und auf 36,966,64 Mark in Einpfennigstücken.

Frankfurt a. M., 12. Juni. (W. T. B.) Die gestrigen Verhandlungen des 11. deutschen Kongresses für erziehlische Knaben-Handarbeit wurden heute in einer öffentlichen Sitzung in dem großen Festsaal des Saalbauens fortgesetzt. Die

Betheiligung von auswärtig, namentlich aus Süd- und West-Deutschland, war sehr zahlreich. Nach dem Festgange eines Sängerkorps erstattete Abgeordneter von Schöndorff Bericht über die Fortschritte der Bestrebungen; nach demselben bestehen gegenwärtig 253 Schülerwerkstätten in ganz Deutschland. Hierauf hieß der Bürgermeisterei Abtheilung die Verammlung namens der Stadt Frankfurt willkommen; sodann folgten Ansprachen von den Vertretern mehrerer Landes- und Unterrichtsverwaltungen, des Geheimen Regierungs-Rathes Brandt, welcher den preussischen Kultusminister vertrat, des bairischen Ober-Schulrathes Waltraff, des bessischen Ober-Schulrathes Greim und des elsass-lothringischen Regierungs-Rathes Dr. Schlemmer. Abgeordneter von Schöndorff hielt einen Vortrag über „Die soziale Frage und die Erziehung zur Arbeit in Jugend und Volk“, welcher mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Der Festsaal war mit der Comenius-Büste geschmückt. Mit einem Hoch auf die Stadt Frankfurt wurde der Kongreß geschlossen.

Kiel, 11. Juni. (W. T. B.) Die heute hier eingetroffenen Minister Dr. von Bötticher, Freiherr von Verlepsch und Thiele, sowie der Staatssekretär Freiherr von Holtzahn und der Unterstaatssekretär Dr. von Rotenburg besichtigten nachmittags die Kanalbauten. Vorher hatte der Handelsminister eine Konferenz mit Vertretern der Handelskammern, wobei es sich, wie die „Kiel. Ztg.“ wissen will, um Hafenbauprojekte handelte. Wie dasselbe Blatt ferner erklärt, wären Kiel, Stettin und Danzig als Freihäfen in Aussicht genommen.

Kiel, 11. Juni. Ein Augenzeuge berichtet über eine Episode, welche er an Bord des „Polarstern“ erlebt. Als der „Polarstern“ mit dem Zaren an Bord des Kieler Hafens verließ, wurde bekanntlich ihm zu Ehren ein imposantes Feuerwerk abgebrannt. Hunderte von farbigen Leuchtkugeln wurden von den Schiffen des deutschen Geschwaders emporgeschossen, und die elektrischen Scheinwerfer verbreiteten über den Abendhimmel Tageshelle. Ganz überrascht schaute der Zar von Deck seiner Yacht dem feenhaften Schauspiel zu. Man sah es seinen Augen an, daß er freudig bewies, wie er diese Ehrenbezeugungen war. Möglichst rief er mit weitläufig schallender Stimme: „Saluto!“ und im nächsten Augenblick schon konvertierten die Salutschüsse als Dank des Kaisers. Die Salven waren so heftig, daß die am Ufer von Laboe gelegenen Häuser in ihren Grundfesten erzitterten. Der Zar jagte sich, sobald der „Polarstern“ der Außenförde zugestiegen war, in seinen Salon zurück und spielte mit seinem Gefolge noch bis 11 Uhr Karten.

Hamburg, 11. Juni. (W. T. B.) Die Mitglieder des deutschen Berufsvereins tagten wurden nach Besichtigung der zu ihren Ehren festlich geschmückten Hafenanlagen und nach einem Besuch auf der ausgedehnten Schiffswerft der Herren Blohm u. Voß von den Herren Nießen und John Meyer als Vertreter der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actiengesellschaft auf dem neuen Doppelschraubendampfer „Fürst Bismarck“, dem zur Zeit größten Passagierdampfer Europas, festlich empfangen und bewirtet. Ein Hoch des Verbandsvorsitzenden, Kommerzienraths Rösche, auf die Verwaltung der Gesellschaft, welche an der Zeit der Begründung des deutschen Reiches erfolgten eminenten Entwicklung des Hamburger Weltverkehrs und seines Schiffahrtsverkehrs lebhaften Antheil genommen habe, wurde vom Vorsitzenden des Aufsichtsraths Nießen mit einem Hoch auf den Fürsten Bismarck, den Patron des Schiffes, beantwortet. Bei der auf der Elbe bei schönem Wetter erfolgten Rückfahrt wurden die Festtheilnehmer von den Uferbewohnern lebhaft begrüßt.

Signarinen, 12. Juni. (W. T. B.) Der König von Rumänien ist zur Feier der Verlobung des Thronfolgers von Rumänien heute hier eingetroffen.

Weimar, 12. Juni. (W. T. B.) Der König von Schweden ist heute Nachmittag 3 Uhr 20 Min. hier eingetroffen und wurde am Bahnhof von dem Großherzog und dem Großherzogin empfangen und nach Belvedere geleitet. Der König geht morgen Nachmittag die Reise nach Berlin fortzusetzen.

München, 11. Juni. (W. T. B.) Die Staatsbahnverwaltung hat die Thätigkeit der Retouristik in ganz Bayern vom 15. d. ab auf 10 Tage festgesetzt. Die Sonntage und Festtage werden miteingerechnet. Die Lokal- und Privatbahnen sind hierbei miteingerechnet.

München, 12. Juni. (W. T. B.) Der Prinzregent genehmigte das Abschiedsgesuch des Präsidenten des General-Auditorats, Generals der Kavallerie v. Fleischer, und ernannte den Generalmajor Thuerheim zu dessen Nachfolger.

## Oesterreich-Ungarn.

Die Verleihung des Titels einer Haupt- und Residenzstadt an Budapest, welche durch Aufhebung des Kaisers Franz Josef am Commemorativgesetz, wird von der „Neuen Freien Presse“ folgendermaßen besprochen:

„Man wird in Ungarn die Verleihung eines neuen Titels an die Hauptstadt des Landes mit Recht als eine Auszeichnung ansehen; sie bildet den Nachklang der imposanten und von so loyalen Gefinnungen erfüllten Festlichkeiten, deren Schauplatz Budapest gewesen ist. Thatsächlich hat Budapest mit dieser Erhebung zur Residenzstadt nur die formelle Anerkennung eines bereits faktisch bestehenden Zustandes erhalten, da im Sinne des ungarischen Ausgleichsgesetzes der Kaiser seine Residenz am Orte der ungarischen Delegation nimmt, so oft dieselbe in Budapest liegt. Seit dem Verlasse des Dualismus residirt das kaiserliche Hoflager regelmäßig während des Jahres einige Monate in Budapest, und diese Stadt war somit in Folge der jüngsten historischen Entwicklung Ungarns schon lange faktisch Residenz, ehe sie auch formell zu der Würde berufen ward. Nach der ungarischen Verfassung hat Budapest übrigens vor Wien den Vorrang voraus, daß der Reichstag nach Budapest einberufen werden muß, während eine ähnliche Bestimmung für die oberste gesetzgebende Körperschaft Oesterreichs in unserer Konstitution nicht vorhanden ist. Wien führt zwar amtlich den Titel Reichshaupt- und Residenzstadt, jedoch ist seine Stellung als solche in der österreichischen Verfassung nicht präfigirt. Man wird in Wien die formelle Erhebung von Budapest zur Residenz ohne Gefühle der Empfindlichkeit, als die natürliche Folge der dualistischen Neuaufteilung

der Monarchie ansehen, welche jedoch durch die Krönungs-Festlichkeiten gefeiert wurde, deren glänzender Verlauf man auch bei uns mit so aufrichtiger Sympathie verfolgt hat. In der österreichischen Reichshauptstadt wird man von der Auszeichnung Budapests in Variation jenes bekannten französischen Ausspruches sagen: Rien ne s'est changé, il n'y a qu'une résidence de plus. Die österreichische Monarchie wird einfach zwei Residenzen besitzen, wie in Russland Petersburg und Moskau, in Preußen Berlin und Potsdam Residenzstädte genannt werden. Von heute an wird die Stadt Wien das Recht, sich Residenzstadt in der Monarchie zu nennen, mit Budapest theilen, aber auf ihre Stellung wird dieser Umstand nur eine sehr geringe Rückwirkung ausüben.“

Wien, 11. Juni. (W. T. B.) Der König von Rumänien ist heute Abend 7 Uhr hier eingetroffen und hat um 8 Uhr 20 Minuten die Reise nach Sigmaringen fortgesetzt. Es verlautet, der König werde daselbst zwölf Stunden verbleiben und auf der Rückreise einen kurzen Aufenthalt in Wien nehmen.

Wien, 11. Juni. Anlässlich des Krönungs-jubiläums wurden vielfache Ordensverleihungen und Standeserhebungen erwartet, solche finden jedoch nicht statt. Unerklärlich bleibt es, daß keine Verabreichungen erfolgten. In dem vom heutigen „Amtsblatt“ veröffentlichten Erlass, wonach seit dem 1. Juni die Namen „Haupt- und Residenzstadt“ führen soll, erblickt man den ersten thatsächlichen Schritt zur Errichtung eines eigenen ungarischen Hofstaates.

Wien, 11. Juni. (W. T. B.) Bei der weiteren Verabreichung über das Budget des Handelsministeriums führte der Vertreter der Regierung aus, die Regierung erstrebe die Errichtung einer ungarischen Donauflotte, die in den Dienst der ungarischen Handelspolitik gestellt werden solle. Bezüglich der Regulierungsarbeiten am Eisernen Thore gab der Finanzminister Dr. Weltere die Erklärung ab, das Werk sei gut fortgeschritten, und es sei gegläubte Hoffnung vorhanden, daß die Regulierung bis zu dem ursprünglich in Aussicht genommenen Zeitpunkt fertiggestellt werde. Auf eine Anfrage betreffend die Vertheilung Ungarns an der Weltausstellung in Chicago erwiderte der Vertreter der Regierung, es habe sich in Ungarn für dieselbe kein solches Interesse fundirt, daß auf eine würdige Vertretung Ungarns in Chicago gerechnet werden könnte.

## Schweiz.

Der Berner „Bund“, das Hauptorgan der schweizerischen Eidgenossenschaft, schreibt: „Nach den von uns an kompetenter Stelle eingezogenen Erkundigungen bestätigt es sich, daß beim Eintritten der Gewehrgriffe im Vorkurse des Bataillons 12 eine scharfe Patrone geschaffen worden ist. Es ist indessen zweifelhaft, ob der betreffende Schütz hieran die Schuld trägt; es ist vielmehr anzunehmen, daß ihm von dritter Hand heimlich eine Patrone ins Magazin geschoben wurde. Es ist ferner richtig, daß der Kommandant dieses Bataillons einen von „eine Gruppe Soldaten“ unterzeichneten Brief erhalten hat, worin das Begehren geäußert wurde, man möge mit der Austheilung der Lebensmittel ebenso freigebig sein, wie mit der Ertheilung von Strafen. Dieser Brief qualifizirt sich aber als ein harmloses und einfaches Schriftstück, und es ist noch durch die Untersuchung festzustellen, ob zwischen ihm und der scharfen Patrone irgend welche Beziehung vorhanden sei oder nicht. Immerhin ist zu beaurtheilen, daß die Presse diesen Vorfall bereits in so ungebührlicher Weise aufgebraucht hat, bevor nur die Untersuchung hierüber geschlossen ist.“

Diese zweifellos offiziöse Rundgebung ist in mancher Beziehung interessant. Die Schweiz besitzt bekanntlich eine republikanische Verfassung, sie verfügt über kein stehendes Heer, sondern ihre Wehrkraft beruht auf dem Milizsystem. Das Ideal unserer Demokraten ist also in diesem Lande verwirklicht, sogar die militärische Ausbildung der Jugend ist dort eingeführt. Trotzdem aber machen sich auch in der Eidgenossenschaft jene „Mißstände“ bemerkbar, die bei uns von demokratischer Seite auf den herrschenden „despotischen Militarismus“ zurückgeführt werden, und trotzdem ist eine gewisse schweizerische Presse — ganz wie bei uns — am Werke, die Zivilbevölkerung gegen die militärische Autorität aufzuregen. Ob unsere Militärsieger aus diesem Vorfall die entsprechende Lehre ziehen werden.

## Belgien.

Brüssel, 11. Juni. „Independance belge“ meldet, Graf v. Morobe übernehme morgen das Ministerium des Auswärtigen. Dasselbe Blatt demittirt zugleich das Gerücht, daß der Kriegsminister Pontus demissioniren wolle.

Brüssel, 11. Juni. (W. T. B.) Der „Mouvement géographique“ meldet, daß die Expedition der Katanga-Kompagnie unter dem Kommando des Kapitän Stears in Katanga eingetroffen ist. Der Hauptling Miti sei getödtet worden, die Ruhe überall im Lande hergestellt und die Ruine des unabhängigen Kongostaates daselbst aufgehört. Die Expedition, welche über den Kongo und den Kongo-See zurückkehrte, sei am 13. vorigen Monats auf dem Schiffe am Einfluß des Kongo angelangt.

Brüssel, 12. Juni. (W. T. B.) Nach der „Independance belge“ zugegangenen Meldungen haben sich die französischen Behörden in Dakar der Einschiffung von 500 Bewohnern des Senegalgebiets auf dem Dampfer „Alafia“ formell widersetzt. Regiere waren für die Arbeiten an der Kongo-Eisenbahn engagirt. Der Hafen von Dakar wurde von Spahis besetzt, die Angeworbenen mußten zurückkehren.

## Frankreich.

Paris, 11. Juni. Die gestern zum ersten Mal erfolgte Erreichung des Paritats der französischen dreiprozentigen Rente vollzog sich in der Ruffe durch den Anlauf von 1500 Fr. Rente zur Deckung eines älteren Leerverkaufs. Die Zeugen des Geschäftes brachen in Hochrufe aus. Rouvier, die Republik und Frankreich aus. Ein zweifelsüchtiger erlaubte sich eine abfällige Bemerkung, worauf die Nachbarn über ihn herfielen und ihn mit Spottgedichten und Rufen bedrängten. In der Form einer Prügellei dauerte die vaterländische Rundgebung noch eine Weile fort. Mehrere Blätter widmen heute dem Ereigniß Leitartikel und kündigen die nahe bevorstehende Zehnerabhebung der viereinhundertprozentigen Rente

an, wobei sie natürlich hämisch auf die weit zurückgebliebene deutsche dreiprozentige Rente hinweisen; einige nächterne Stimmen bemerken, die Preissteigerung sei hauptsächlich den Käufen der Sparrassen zuzuschreiben, also mit Staatsgeldern bewerkstelligt worden.

Die Czechen, die aus Nancy hierher gekommen waren, ehe sie nach Prag zurückkehrten, wurden gestern von den hiesigen Turnern bewirthet. Ein Czech mit dem unklaren Namen Schmidt hielt eine Tischrede, in der er sagte, die Czechen seien die Feinde der Deutschen und wollten Oesterreich vom Dreibunde losmachen; im nächsten Kriege werde man sehen, daß die Czechen die Freunde Russlands und Frankreichs seien und nur mit ihnen zusammen, nicht aber gegen sie kämpfen wollten.

Paris, 11. Juni. Der Botschafter Baron Mohrenheim scheint tief gekränkt zu sein, daß man sein Verdienst um die Herbeiführung der Mancher Begegnung verkennt; er läßt heute in der von ihm unterhaltenen „Correspondance Russe“ erklären, die Reise des Großfürsten sei auf einen Bericht von Mohrenheim vom Zaren beschloffen worden und dieser habe dem russischen Botschafter eine zweite Ausfertigung der Urkunde gesehnet, die dem Großfürsten den Auftrag zur Reise und die Unterweisung für die Unterredung mit Carnot übermittelte.

Paris, 12. Juni. (W. T. B.) Eine Depesche aus Santiago di Chile bestätigt die Bildung des neuen chilenischen Ministeriums. In demselben übernimmt Vicente Davila das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Campo das Unterrichtsministerium und das Justizministerium.

## Italien.

Rom, 11. Juni. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Der Antrag der Regierung, nach welchem die Dauer des provisorischen Budgets bis Ende Dezember festzusetzen sei, wurde in geheimer Abstimmung mit 261 gegen 189 Stimmen angenommen. Das Resultat wurde mit lebhaftem Beifall auf der Bank aufgenommen. Vor und während der Abstimmung herrschte lebhaftest Bewegung in der Kammer.

Rom, 11. Juni. (W. T. B.) Deputirtenkammer. (Ausführlichere Meldung.) Der Sitzung wohnten auch die Rubini, Zanardelli und Nicotera bei. Die Begründung der einzelnen Tagesordnungen wurde unter lebhafter Aufregung fortgesetzt. Fortie, Unterstaatssekretär im Ministerium Crispi erklärte, er werde sich gegen eine Schwächung der Militärmacht des Landes opponiren und lieber für neue Steuern stimmen. Die Tripelallianz müsse, nachdem sie erneuert, eingehalten werden, nach Ablauf derselben aber sollte man die Freiheit der Wahl wahren. Der Ministerpräsident Giolitti bestätigte seine in der Sitzung am Mittwoch abgegebenen Erklärungen und sagte, die Opposition sei vom ersten Tage der Amtswirklichkeit des Kabinetts an gegen dasselbe Sturm gelaufen, nicht weil das Kabinet kein Programm habe, sondern weil es eins habe. Dieses Programm umfasse organische Reformen in der Verwaltung, Erparungen selbst im Militärwesen, ohne die Stärke der Armee zu verringern. Dieses Programm werde das Kabinet dem Urtheile des Landes unterbreiten. Der Minister schloß, er nehme keine Tagesordnung an und forderte die Kammer auf, ein Amendement zu votiren, welches als Dauer des provisorischen Budgets einen den Dezember 1892 nicht überschreitenden Termin festsetze. Sämtliche Tagesordnungen wurden hierauf zurückgezogen. Rubini erklärte, er werde gegen das Amendement der Regierung stimmen. Darauf erfolgte die bereits gemeldete Abstimmung.

Die Erklärungen Giolittis werden vielfach kommentirt. Der Eindruck derselben war ein augenfälliger, die Linke und das Centrum sollten Beifall.

## Spanien und Portugal.

Lissabon, 11. Juni. (W. T. B.) Der König wird heute dem Vernehmen nach das Dekret betreffend die portugiesische Schuld unterzeichnen. Dasselbe werde am Dienstag amtlich bekannt gegeben werden. Dem „Diario de Noticias“ zufolge würde der Erlass eine Frist für die Konversion der konsolidirten auswärtigen Schuld in eine innere Schuld festsetzen.

Wie es heißt, verhandle die portugiesische Regierung mit dem Comptoir d'Escompte in Paris wegen einer Finanzoperation, durch welche bewirkt wird, die nötigen Hülfsmittel zur Zahlung eines Drittels des Coupons am 1. Juli zu schaffen, welches die Regierung den Inhabern der auswärtigen Schuld vorläufig anbietet.

Barcelona, 12. Juni. (W. T. B.) Die Aufregung hier selbst dauert fort. Zwischen den Truppen und den Streikenden kam es zu neuen Zusammenstößen, bei denen mehrere Personen verwundet wurden. Die Fabrikanten in der Umgegend von Barcelona haben sich zur Beendigung des Streiks die Arbeiten eingestellt.

Barcelona, 12. Juni. Nachm. (W. T. B.) Der Belagerungszustand ist heute proklamiert worden. Die Truppen werden zusammengezogen.

## Großbritannien und Irland.

London, 9. Juni. Die englischen Bierbrauer haben einen Fonds von 100,000 Ltr. abgebracht, zur Organisation und zum Schutz ihrer Industrie bei den bevorstehenden Wahlen.

Die Majoritätspartei ist jedoch auch nicht müde gewesen und hat das Gelingen dreier hervorragender englischer Rechtsgesetzten eingeholt, welche erklären, daß das Beweisen, wenn dasselbe zum Zweck der Wahlbeeinflussung ausgeübt wird, ungesetzlich sei und deswegen gerichtliche Schritte unternommen werden können. Die meisten englischen Brauer sind Konservern, während in der liberalen Partei die Strömung, die Mäßigkeit des Bieres und Brauntweins zu beschränken, sich immer mehr Geltung verschafft. Die Liberalen bezeichnen deshalb böhmisch ihre Gegner als die Partei des Bieres und der Bibel.

Der Generalgouverneur des Küstengebiets am rothen Meer und Kommandant von Suakin, Oberst Holbe Smith, ist am Montag aus Suakin abgereist, nachdem er seinen Posten, den er seit 4 Jahren innegehabt, ausgegeben. Sein Nachfolger wird allgemein bedauert. Als er sein Amt antrat, wurde Suakin von den Sudanese belagert, während jetzt die ägyptische Herrschaft über eine Küstestrecke von 350 englischen Meilen und 50 Meilen landeinwärts wieder hergestellt ist. Dieses Ergebnis wird der geschickten Taktik



